



Geschäftsführung Hauptausschuss

Frau Hoffmann

Telefon: (0221) 221-22058

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: Daniela.Hoffmann@stadt-koeln.de

Datum: 01.07.2010

Niederschrift

über die **7. Sitzung des Hauptausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 28.06.2010, 18:06 Uhr bis 19:20 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Jürgen Roters

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Martin Börschel	SPD	
Herr Axel Kaske	SPD	
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Herr Michael Zimmermann	SPD	
Frau Ursula Gärtner	CDU	
Herr Winrich Granitzka	CDU	
Herr Karl-Jürgen Klipper	CDU	
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE	
Herr Jörg Frank	GRÜNE	
Frau Barbara Moritz	GRÜNE	
Herr Ralph Sterck	FDP	
Herr Jörg Uckermann	pro Köln	in Vertretung für Frau Wolter

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Gisela Stahlhofen DIE LINKE.

Verwaltung

Frau Frauke Gast

Herr Dr. Axel Hänel

Herr Ralf Huttanus

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Herr Hans Dieter Körber
Frau Christine Kronenberg
Frau Bettina Schmidt-Czaia
Herr Beigeordneter Bernd Streitberger
Herr Gregor Timmer

Gäste

Herr Jürgen Fenske	KVB AG
Herr Dr. Jörg Holzhäuser	Smoltczyk & Partner
Herr Prof. Dr. Werner Langen	Kapellmann und Partner, Rechtsanwälte
Herr Prof. Ulrich Sieler	TÜV Rheinland, LGA Bautechnik GmbH

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Andreas Köhler	CDU
Frau Judith Wolter	pro Köln

Verwaltung

Herr Beigeordneter Prof. Georg Quander
Herr Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Borjans

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Oberbürgermeister schlägt vor die Tagesordnung um die Punkte

I. Öffentlicher Teil

- 1.1.1 Kölner Netzwerk Bürgerengagement
Sachstandsbericht 2009 bis Mitte 2010
2535/2010

II. Nichtöffentlicher Teil

- 7.1.1 Stand der Verhandlungen über eine "Pflichtenvereinbarung" zwischen Stadt Köln, KVB AG und ARGE Los Süd
2734/2010
- 10.1.1 Koelnmesse GmbH, Ermittlung des Verkehrswertes der von der Grundstücksgesellschaft Koelnmesse 15 - 18 GbR errichteten Hallen incl. Nebengebäude
2622/2010

zu erweitern.

Der Hauptausschuss ist damit einverstanden und legt folgende Tagesordnung fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Aktuelle Informationen zum Thema "Nord-Süd Stadtbahn"

1 Mitteilungen

- 1.1 Mitteilungen des Oberbürgermeisters
 - 1.1.1 Kölner Netzwerk Bürgerengagement
Sachstandsbericht 2009 bis Mitte 2010
2535/2010
- 1.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

- 2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
 - 3.1 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Hpl 2010/2011 - Haushaltskonsolidierung"
AN/ 1133/2010
- 4 Dringlichkeitsentscheidungen**
 - 4.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 4.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 5 Sonstige Allgemeine Vorlagen**
- 6 Mündliche Anfragen**
- II. Nichtöffentlicher Teil**
- 7 Mitteilungen**
 - 7.1 Mitteilungen des Oberbürgermeisters
 - 7.1.1 Stand der Verhandlungen über eine "Pflichtenvereinbarung" zwischen Stadt Köln, KVB AG und ARGE Los Süd
2734/2010
 - 7.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen
- 8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 10 Dringlichkeitsvorlagen**
 - 10.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 10.1.1 Koelnmesse GmbH, Ermittlung des Verkehrswertes der von der Grundstücksgesellschaft Koelnmesse 15 - 18 GbR errichteten Hallen incl. Nebengebäude
2622/2010

10.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11 Personalien

12 Sonstige allgemeine Vorlagen

13 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

Aktuelle Informationen zum Thema "Nord-Süd Stadtbahn"

Informationen der KVB

Anhand eines Power-Point-Vortrages stellt Herr Prof. Sieler mögliche Ursachen für das Unglück am Waidmarkt vor (siehe Anlage).

Im Anschluss an die Präsentation teilt Herr Fenske mit, dass gegenwärtig davon ausgegangen werde, dass die Arbeiten am Besichtigungsbauwerk das Jahr 2011 beansprucht werden. Erst danach könnten die Bauarbeiten am Waidmarkt wieder aufgenommen werden. Dementsprechend sei mit einer Inbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn erst im Zeitraum 2015-2017 zu rechnen. Vor diesem Hintergrund werde zurzeit eine Teillinbetriebnahme (mit einer nördlichen und einer südlichen Variante) von der KVB geprüft. Eine entsprechende Machbarkeitsstudie liege bereits vor. Auf die Frage von Herrn Börschel, wann die städtischen Gremien über die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie informiert werden können, erwidert Herr Fenske, dass dies nach der Sommerpause und der Abstimmung mit der Stadt Köln und den Zuschussgebern erfolgen könne.

Herr Uckermann erläutert, dass die Fraktion pro Köln keine Strategie erkennen könne. Es sei nicht nachvollziehbar, dass von der KVB keine Rückstellungen gebildet würden und kein „Plan B“ existiere. Weiterhin kritisiert Herr Uckermann, dass es keine Informationen über die Arbeit der „Arbeitsgruppe Stadtbahnbau“ gebe und keine Vorbereitung auf die Sitzung des Hauptausschusses stattgefunden habe.

Informationen über die Archivalienbergung

Frau Dr. Schmidt-Czaia informiert über die Bergung und Erstversorgung der Archivalien am Waidmarkt (siehe beigefügten Vortrag).

Informationen über das Bergungsbauwerk

Herr Dr. Holzhäuser berichtet über den Sachstand bezüglich des Bergungsbauwerkes (siehe beigefügten Vortrag).

1 Mitteilungen

1.1 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1.1.1 Kölner Netzwerk Bürgerengagement Sachstandsbericht 2009 bis Mitte 2010 2535/2010

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

1.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Hpl 2010/2011 - Haushaltskonsolidierung" AN/ 1133/2010

Herr Sterck befürwortet den Antrag grundsätzlich. Bezüglich der Spiegelstriche 2 und 3 unter Ziffer II weist er jedoch auf die Konsequenzen hin. Insbesondere die Schaffung von „gleichen Lebensverhältnissen“ für alle Bürgerinnen und Bürger sieht er kritisch. Gerade die unterschiedlichen Lebensverhältnisse in den Vierteln würden das besondere an Köln ausmachen. Herr Börschel erwidert, dass es sich um einen grundgesetzlichen Auftrag handele, der in positivem Sinne für die Kommune formuliert worden sei.

Herr Uckermann beurteilt den Antrag als unseriös und vertritt die Auffassung, dass ein Haushaltssicherungskonzept dazu geeignet wäre, die zahlreichen finanziellen Begehrlichkeiten zu stoppen.

Frau Stahlhofen begrüßt insbesondere, dass in dem Antrag ein Augenmerk auf Folgekosten und Nachhaltigkeit gerichtet werde. Bezüglich Ziffer III Nr. 1 bittet sie um eine konkrete Darstellung der Mehreinnahmen.

Auf die Frage von Herrn Uckermann, ob in der Ratssitzung am 13.07.2010 Änderungsanträge zum Haushalt gestellt werden können, antwortet Herr Körber, dass der Rat in dieser Sitzung lediglich den Haushaltsplanentwurf entgegen nehme. Die Haushaltsplanberatungen würden erst nach der Sommerpause beginnen. Dort könnten Änderungsanträge gestellt werden.

Beschluss:

- I) Der Haushaltsplanentwurf 2010/2011 stellt Rat und Verwaltung angesichts enormer Fehlbeträge vor außerordentliche Anstrengungen und Entscheidungen, um die eigenständige Handlungsfähigkeit aufrecht erhalten zu können und ein „Nothaushaltsregime“ zu vermeiden.

Der Hauptausschuss begrüßt das Bestreben der Verwaltung, den Eintritt eines förmlichen Haushaltssicherungsverfahrens zu vermeiden.

Der Hauptausschuss unterstützt die Absicht des Stadtkämmerers zur Konsolidierung des Haushalts der Stadt Köln – in Zusammenarbeit mit den Fachdezernaten – bis zum Ende der Sommerpause 2010 ein stadtweises Sparkonzept zu erarbeiten, mit dem Ziel, für Köln aus eigenen Kräften mittelfristig den Haushaltsausgleich zu erreichen und damit die eigene Handlungsfähigkeit Kölns zu sichern.

- II) Der Hauptausschuss erwartet, dass sich die Verwaltung von folgenden Zielsetzungen bei der Erstellung eines Konsolidierungskonzepts leiten lässt:

- Ziel ist ein Sparpaket mit Augenmaß. Angesichts der außerordentlichen finanziellen Schwierigkeiten wird jeder Bereich seinen Beitrag leisten müssen. Die Konsolidierungsbeiträge müssen jedoch im Einzelnen ausgewogen, sozialverträglich und umsetzbar bleiben und dürfen für die Stadt essentielle Leistungsstrukturen nicht auf breiter Front zerstören.
- Oberste Priorität hat gerade in finanziell schwierigen Zeiten der Erhalt des sozialen Friedens durch soziale Balance. Ein weiteres Auseinanderdriften der Stadtteile gilt es zu verhindern. Köln braucht weiterhin gleiche Lebensverhältnisse und Chancen für alle Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt von Kindesbeinen an.
- Aus Fehlern der Vergangenheit lernen: Alle Konsolidierungsvorschläge müssen in der Folge nachhaltig sein und dürfen nicht in den Folgejahren und für nachfolgende Generationen zu erhöhten Aufwendungen, z.B. Instandsetzungsbedarfen, führen.

III) Der Hauptausschuss bittet die Verwaltung, folgende Fakten und Bewertungshilfen für die weitere politische Haushaltsberatung zur Verfügung zu stellen:

1. Pflichtige und freiwillige Aufgaben sollen in allen Produktbereichen auf den Prüfstand gestellt werden. Für alle Produktbereiche sind Vorschläge für Prioritätensetzungen darzustellen; die Prüfung soll beinhalten, die Pauschalkürzungen von 7,5% bzw. 12,5% punktuell und aufgabenorientiert abzdämpfen. Ebenfalls ist darzustellen, wie dadurch entstehende Mehrausgaben durch anderweitige Einsparungen bzw. Mehreinnahmen kompensiert werden können.
2. Im Handlungsfeld „Kultur“ sollen Zuschüsse – für 2009 (Ist) sowie 2010/2011(geplant) - aus dem städtischen Haushalt, anderen öffentlichen Zuschussgebern sowie von weiteren Dritten für die städtische Einrichtungen und nicht-städtische Träger kultureller Angebote über alle Sparten in einer Übersicht dargestellt werden.
3. In den Handlungsfeldern, in denen kommunale Aufgaben von Dritten wahrgenommen werden, ist zu prüfen, wie durch die Einführung von Contractmanagement und Zuschusscontrolling einerseits Planungssicherheit für die dort tätigen Träger und andererseits Transparenz für den Rat geschaffen werden kann.
4. Die städtischen Investitionsvorhaben (ab 100 T€) im Zeitraum 2010 bis 2014 sollen einschließlich haushaltswirksamer Folgekosten in einer Übersicht dargestellt werden.
5. Alle Gebühren und ihre Kostendeckungsgrade für städtische Leistungen sind in einer Übersicht darzustellen und die Verbesserung des jeweiligen Kostendeckungsgrads zu prüfen.
6. Alle Betriebskostenzuschüsse für städtische und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen sind dahingehend zu überprüfen, wie eine Reduzierung durch Effizienzsteigerungen bzw. Anhebung der Entgelte erreicht werden kann.
7. Bürgerbeteiligung: Der Rat hat am 23.03.2010 beschlossen, die Bürgerbeteiligung im Rahmen des Bürgerhaushalts fortzuführen. Die Verwaltung wird beauf-

trägt, kurzfristig die Lenkungsgruppe einzuberufen, um dort Vorschläge für ein Bürgerhaushaltsverfahren unter den veränderten Bedingungen für den Zeitraum 2010 bis 2014 zu beraten. Der Fokus der zukünftigen Beteiligung soll darauf liegen, die Bürger/innen aufzufordern, Anregungen für Einsparungen, optimiertes Verwaltungshandeln und Mehreinnahmen einzureichen sowie zu von der Verwaltung vorliegenden Maßnahmen Beurteilungen abzugeben. Die Verwaltung soll prüfen, wie mit der bereits vorhandenen Kommunikationsplattform ein Beteiligungsverfahren kurzfristig gestartet werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen pro Köln – zugestimmt.

4 Dringlichkeitsentscheidungen

4.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5 Sonstige Allgemeine Vorlagen

6 Mündliche Anfragen

Herr Uckermann möchte wissen, wie sich die Stellensituation im Amt des Oberbürgermeisters seit dem Amtsantritt von Herrn Roters entwickelt habe und wie viele externe Einstellungen dort vorgenommen wurden. Außerdem fragt Herr Uckermann danach, was mit dem Besprechungsraum auf der ersten Etage des Historischen Rathauses geschehen sei.

Herr Oberbürgermeister Roters sagt eine Beantwortung zu.

gez. Hoffmann
Schriftführerin

gez. Roters
Oberbürgermeister